

II-11827 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5935/1J

1990 -07- 0 5

A N F R A G E

der Abgeordneten Strobl, Heiß, Dr. Müller
und Genossen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Installierung eines permanenten Gefahrgutsystems an den Grenz-
übergängen Kufstein/Kiefersfelden bzw. Brenner.

Bei einer am 29. Juni 1990 in Schönberg stattgefundenen Zusammenkunft der Bürgerinitiativen (ARGE Lebensraum Tirol) wurde neuerlich der Wunsch gegenüber den unterzeichneten Abgeordneten deponiert, daß in Anbetracht des starken Güterschwerverkehrs im Transit durch Tirol im besonderen Gefahrguttransporte einer genauen Kontrolle bedürfen. Die Sorge der Bevölkerung wurde auch schon dem Amt der Tiroler Landesregierung sowie dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und dem Bundesministerium für Inneres gegenüber begründet. Das führte zu einem ausgiebigen Schriftverkehr zwischen den genannten Stellen. Leider - so wurde auch in der Diskussion wiederum klar - haben die Bemühungen um die Installierung eines permanenten Gefahrgutkontrollsystems noch keinen Erfolg gezeigt. Die Begründung für die Nichtumsetzung liegt - analysiert man den Schriftverkehr darin, daß trotz Anerkennung der Notwendigkeit der Systeminstallierung die finanziellen Fragen nicht lösbar scheinen. Gerade wenn es um die Hintanhaltung der Gefährdung von Leben und Gesundheit einer bereits sehr belasteten Bevölkerung geht, sollten finanzielle Überlegungen nicht ausschlaggebend sein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

A n f r a g e :

1. Sind Sie der Auffassung, daß die Installierung eines permanenten Gefahrgutkontrollsystems in Tirol notwendig bzw. zielführend wäre ?
2. Glauben Sie, daß ein mobiler Prüfzug zweckmäßiger wäre als eine permanente Einrichtung ?

- 2 -

3. Ist es gesetzlich vorgesehen, daß bei der Installierung - sei es eines mobilen Systems oder permanenten Systems - das Land Tirol die Verantwortung zu einer Mitfinanzierung hätte ?
4. Wären Sie grundsätzlich bereit, mit dem Land Tirol hinsichtlich der Finanzierung diesbezügliche Gespräche aufzunehmen ?
5. Sehen Sie eine Möglichkeit, die Mitwirkung des Bundesministeriums für Inneres bzw. dem Bundesministerium unterstellte Organe im Verhandlungswege sicherzustellen ?